



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 8. Ratssitzung vom 29. Juni 2022

### 306. 2022/117 Weisung vom 30.03.2022: Stadtkanzlei, Geschäftsbericht 2021, Genehmigung

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht für das Jahr 2021 (Beilage, Fassung vom März 2022) wird genehmigt.

Referentin zur Vorstellung des Berichts / Kommissionsmehrheit:

**Martina Zürcher (FDP):** *Wie jedes Jahr hat die Geschäftsprüfungskommission (GPK) den Geschäftsbericht des Stadtrats geprüft. Die jeweiligen Referentinnen und Referenten haben mit dem Stadtratsmitglied des zuständigen Departements beziehungsweise der Stadtschreiberin eine Besprechung über das Geschäftsjahr 2021 geführt. Weiter stellte die Kommission zahlreiche schriftliche Fragen und hat die fristgerecht eingetroffenen Antworten beraten. Die GPK nimmt als ausführendes Organ des Gemeinderats die Oberaufsicht über die Tätigkeit des Stadtrats und der Verwaltung wahr. Dafür stehen der GPK verschiedene Mittel zur Verfügung, eines davon ist der Geschäftsbericht der Stadt Zürich. Dieser muss gemäss Gemeindegesetz bis Ende Juni des Folgejahres beraten und beschlossen sein. Trotz des Legislaturwechsels und der damit verbundenen personellen Wechsel in der GPK waren wir in der Lage, den Geschäftsbericht sorgfältig zu beraten und termingerecht abzuschliessen – dies auch dank der frühzeitigen Zustellung des Geschäftsberichts durch die Stadtkanzlei. Die GPK führte vier Lesungen durch und hat im Rahmen der Beratung auch die an die Listen mit unerledigten Postulaten geprüft. Der Geschäftsbericht fiel mit 452 Seiten ähnlich umfangreich wie im Vorjahr aus. In gedruckter Form gibt es den Geschäftsbericht nur noch in einer Sammlerauflage von 67 Exemplaren – auch das gehört zur Digitalisierung. Viele finden das gut, andere weniger. Ich persönlich bin der Ansicht, dass es auch ohne Papier geht. Wie bereits im Vorjahr hat die Corona-Pandemie die Arbeit der städtischen Verwaltung auch im Jahr 2021 stark beeinflusst, und zwar nicht nur im Gesundheits- und Umweltschutzdepartement. Doch das Wort «Corona» kommt im Bericht mit 164 Nennungen weniger oft vor als im Vorjahr, als es 228-mal vorkam. Dafür ist das Wort «Velo» gleich 311-mal zu lesen, die Begriffe «Smart» und «Netto-Null» aber nur je 50-mal. Dies obwohl Netto-Null als Beitrag zur Klimaneutralität bereits im Vorwort als eines der aktuell wichtigen politischen Programme aufgeführt ist. Ebenfalls hervorgehoben werden die weitgehende Einführung von Tempo 30 sowie die Kampagne «Zürich schaut hin», die gegen sexuelle, sexistische, homo- und transfeindliche Belästigungen und Übergriffe lanciert wurde. Themen rund um die Digitalisierung findet man an 100 Stellen im Bericht. Ebenso wird im Bericht*



ein Augenmerk auf die Eröffnung des renovierten Gebäude-Ensembles von Kongresshaus und Tonhalle gelegt, allerdings ohne auf die Verzögerungen beim Bauprojekt einzugehen, über die die GPK am Ende des Jahres 2020 einen Bericht mit Handlungsempfehlungen verfasst hatte. Ebenfalls erwähnenswert fand der Gesamtstadtrat die Eröffnung des Kunsthaus-Erweiterungsbaus, den Projektwettbewerb zur Verwendung der ZKB-Jubiläums-Dividenden, die durchgeführte Bevölkerungsbefragung und dass die Stimmberechtigten im Jahr 2021 sämtlichen zwölf städtischen Sachvorlagen zustimmten. Die starken Schneefälle im Januar sowie Stürme und Regenfälle mit grossen Schäden am Baumbestand im Juli haben die Stadt ebenfalls stark gefordert. So findet man im diesjährigen Geschäftsbericht diverse Begriffe wie «Schneefälle», «Schneelasten», «Schneemassen», die im Vorjahresbericht nicht vorkamen. Die Mehrheit der Kommission beantragt dem Gemeinderat die Zustimmung zum Geschäftsbericht 2021. Das heisst nicht, dass alle Kommissionsmitglieder vollständig mit der politischen Richtung einverstanden sind, sondern, dass wir unsere Zustimmung zur Berichterstattung über das Jahr 2021 geben. Die GPK bedankt sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für den grossen tagtäglichen Einsatz und beim Stadtrat, der Stadtschreiberin und dem Rechtskonsulenten für die gute Zusammenarbeit.

Kommissionsminderheit:

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Wie bereits in früheren Jahren vertritt die SVP die Minderheitsposition und beantragt die Nichtgenehmigung des Geschäftsberichts. Es geht nicht darum, dass wir den Geschäftsbericht als solchen beurteilen – ob er gut oder schlecht gemacht ist. Uns geht es um einen Durchgriff auf die Arbeit des Stadtrats. Es ist nicht mehr als logisch, dass wir den Geschäftsbericht ablehnen, wenn wir bereits die Rechnung abgelehnt haben. Es würde zu weit führen, jedes Departement einer Beurteilung zu unterziehen, daher müssen einige Beispiele genügen. Das eigentliche Gravitationszentrum und Herz der Stadtverwaltung ist nach wie vor die Stadtkanzlei. Ohne sie käme die Arbeit der Stadt zum Stillstand. Der Stadtkanzlei ist es im Übrigen auch zu verdanken, dass immer noch 67 Exemplare dieses Berichts in gedruckter Form vorliegen. Wenn er nur online verfügbar wäre, würde man sich bei diesem Umfang an Seiten die Augen ruinieren. Ich hoffe, dass der Geschäftsbericht auch künftig in gedruckter Form erhältlich sein wird. Zu den einzelnen Departementen: Beim Finanzdepartement laufen verschiedene Fäden der Stadt zusammen. Das Departement muss unter anderem auch Projekte umsetzen, die durch Volksabstimmungen vorgegeben sind, wie beispielsweise die «Stiftung Einfach Wohnen» für bezahlbare und ökologische Wohnungen. Die Vorgaben des Stimmvolks sind nicht immer unproblematisch. Das Präsidialdepartement ist federführend in der Kulturpolitik. Im Bereich der Unterstützung der Theater- und Tanzschaffenden wurde ein neues Fördersystem entwickelt, in dessen Kern eine Jury steht. Es wird befürchtet, das könnte eine gewisse Pfadabhängigkeit mit sich bringen. Es wäre zu prüfen, ob dies tatsächlich der Fall ist. Auf jeden Fall macht sich der Stadtrat dadurch die Arbeit etwas einfacher. Die Weisungen entfallen und alles wird an die vom Stadtrat gewählte Jury delegiert. An dieser Stelle muss gesagt werden, dass das Präsidialdepartement mit dem Theaterspektakel eine Institution geschaffen hat, die nicht mehr wegzudenken und sehr beliebt ist. Es handelt sich um sehr gut investiertes



*Geld, was man bei anderen von der Stadt unterstützten Institutionen nicht unbedingt so sehen kann. Das Gesundheits- und Umweltdepartement hat im Rahmen der Corona-Pandemie zweifellos viel geleistet. Die Forderung nach Tempo 30 zur Lärmreduktion auch auf übergeordneten Strassen dürfte allerdings wenig Wirkung zeigen. Es handelt sich um ein ideologisch motiviertes Ansinnen. Das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement hat mit dem Konzept «Brings uf d'Strass!» durch forcierte Begegnungsstätten vielerorts den Verkehr blockiert. Auch hier wurde in erster Linie der Ideologie gefrönt. Das Sicherheitsdepartement hat seinerseits eine gewisse Verunsicherung ausgelöst. Die Kontrollen wurden derart aufgerüstet, dass rund 60 Millionen Franken an Ordnungsbussen eingenommen wurden – Geld, das danach vermutlich für weitere Aufrüstungen eingesetzt wird, beispielsweise um unnötige Tempo-30-Zonen zu kontrollieren. Das Departement der Industriellen Betriebe hat viel geleistet: Tramlinien wurden in den Fahrplänen besser aufeinander abgestimmt. Allerdings gibt es bei den letzten Fahrten des Tages immer noch Mängel. Wenn eine Ratssitzung bis Mitternacht dauert, ist beispielsweise an der Haltestelle Sternen Oerlikon stadteinwärts mit den Tramlinien 10 und 14 ab 00.12 Uhr keine Fahrt mehr möglich. Es bleibt entweder der Fussmarsch oder ein teures Taxi. Dort könnte man noch Verbesserungen vornehmen. Dasselbe gilt für den Hauptbahnhof Richtung Norden. Das Schul- und Sportdepartement hat die zahlreichen Herausforderungen – wie das Thema Viventa und die Corona-Pandemie, von der es stark betroffen war – sehr gut gemeistert und Ausserordentliches geleistet. Auch wenn es für das Berichtsjahr 2021 somit durchaus positive Aspekte gibt, muss ich den Geschäftsbericht für die Arbeit des Stadtrats wiederum zur Ablehnung empfehlen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Mischa Schiow (AL):** *Der Geschäftsbericht gibt einen Einblick in die zahlreichen Dienstleistungen und Aktivitäten, die die Stadt Zürich Tag für Tag und Jahr für Jahr für die Bevölkerung erbringt. Es kann jeweils nur ein Teil der Leistungen abgebildet und vermittelt werden. Der Bericht gibt aber eine Idee, wie vielfältig die Aufgaben und wie gross die Herausforderungen sind, die sich unserem Gemeinwesen stellen. Gerade während der Corona-Pandemie haben die Departemente und Dienstabteilungen unter Beweis gestellt, dass die Leistungen für die Bevölkerung auch in Ausnahmesituationen nahtlos und im Sinn des Service Public vorbildlich erbracht werden können. Den Mitarbeitenden der Stadt Zürich gebührt dafür grosser Dank. Der Geschäftsbericht 2021 hat an Farbe gewonnen und wie bereits im Vorjahr deutlich an Umfang. Man erhält eine Übersicht über die Aktivitäten von neun Departementen. Es stellt sich die Frage, ob die sehr umfangreichen Berichte auch an Kontur gewonnen haben. Das würde in unseren Augen beispielsweise bedeuten, dass man sich im Bericht neben der Darstellung der Erfolge und Errungenschaften auch mit kritischen Punkten befasst. Das scheint in dieser Publikation eher selten der Fall zu sein. Ich möchte dies anhand von drei Themen illustrieren, die im Jahr 2021 in unserer Stadt zu Diskussionen geführt haben. Beginnen wir mit dem im Januar des Vorjahres präsentierten Berichts der parlamentarischen Untersuchungskommission zu den Vorfällen bei Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ). In diesem Bericht sind Empfehlungen an den Stadtrat formuliert, in denen unter anderem die Stärkung des rechtsstaatlichen Bewusstseins, die effektive Wahrnehmung der Aufsicht*



über die Dienststellen, und die stringente und gesetzeskonforme Führung der Dienstchefinnen und Dienstchefs gefordert wurden. Es wäre zu erwarten gewesen, dass Erkenntnisse zu diesen Empfehlungen in den Rechenschaftsbericht einfließen und darauf Bezug genommen wird. Das war nicht der Fall. Lediglich in einer kurzen Passage im Kapitel des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements (TED) wird erwähnt, dass mit der Untersuchung der Parlamentarischen Untersuchungskommission ERZ eine Reihe von Überprüfungen abgeschlossen wurden, die bereits zu einer Vielzahl von Massnahmen geführt hätten. Ein zweites Beispiel betrifft die Art und Weise, wie die Bührlé-Ausstellung im Erweiterungsbau des Kunsthauses, die zu heftiger Kritik und einem Imageschaden für Zürich geführt hat, im Vorwort der Stadtpräsidentin dargestellt wird. Die öffentliche Debatte und das Unverständnis weit über die Grenzen hinaus haben dazu geführt, dass die Rollen der Kunstgesellschaft und damit auch jene der Stadt überprüft werden müssen. Dass dieser Debatte schon frühere Warnungen und Forderungen nach einem transparenten Umgang mit dem Bührlé-Erbe vorausgingen, hätte in den Ausführungen durchaus einen grösseren und vielleicht auch selbstkritischeren Platz verdient. Interessant ist auch die Feststellung, welchen Stellenwert die Diskussion rund um die Tagesschulverordnung im Jahresbericht 2021 einnimmt. Es handelt sich um eines der wichtigsten Anliegen der letzten Jahre, welches im Berichtsjahr zu einer grossen Debatte geführt hatte. Doch obwohl die Tagesschulen auf Seite 3 der Strategieschwerpunkte des Stadtrats aufgelistet sind, sucht man im Kapitel des Schul- und Sportdepartements fast vergeblich nach weiteren Ausführungen. Es findet sich lediglich ein Hinweis eher statistischer Art auf die zweite Phase der Tagesschulen im Vorwort des Departementvorstehers. Auf eine Darstellung der Jahresschwerpunkte wird explizit verzichtet. Mit einer gewissen Überraschung haben wir auf Seite 92 zur Kenntnis genommen, wie das Tauschgeschäft mit der Swiss Life AG im Glattpark-Gebiet und in Seebach vom Finanzdepartement dargestellt wird: «Mit der Swiss Life AG kam ein Tauschgeschäft zustande, das dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt wurde. Drei Grundstücke im Glattpark-Gebiet wechselten ins Eigentum von Swiss Life, die der Stadt im Gegenzug zwei Grundstücke an der Schaffhauserstrasse 550 in Seebach verkaufte». Wir fragen uns, wieso das Geschäft zurzeit noch in der Kommission behandelt wird. Die AL wird den Geschäftsbericht genehmigen, erhofft sich aber, dass es künftig auch Platz haben wird für Darstellungen, die nicht nur der verdiente Stolz auf das Geleistete, sondern auch etwas Gelassenheit mit Auseinandersetzungen auszeichnet.

**Martina Zürcher (FDP):** Nach meinem Votum als Sprecherin für die Kommissionsmehrheit möchte ich noch einige kritische Bemerkungen anbringen. Es geht um Antworten, die wir auf unsere Fragen erhalten haben. Im Geschäftsbericht wird die neue Co-Leitung der Dienstabteilung Kultur im Präsidialdepartement gelobt. Der frühere Dienstchef hatte ein Pensum von 100 Prozent. Die neuen Co-Leitungspersonen haben je ein 60-Prozent-Pensum und nicht je ein 50-Prozent-Pensum. Auf Nachfrage, ob diese zusätzlichen 20 Stellenprozent für zusätzliche Aufgaben verwendet würden, erhielten wir die Antwort: «Die zusätzlichen je 10 Stellenprozent dienen der gemeinsamen strategischen Planung und der effektiven Entscheidungsfindung». Ein Dienstchef hat mit Lohnvollkosten vermutlich ein Gehalt von ungefähr 250 000 Franken pro Jahr. Das bedeutet, dass die Reibungsverluste der Co-Leitung den Steuerzahler jährlich rund 50 000 Franken kosten.



*Und dies, ohne dass mehr Kultur generiert wird. Zweitens weist das Amt für Baubewilligungen einmal mehr aus, dass sie die eigenen Fristen in 42 Prozent der Fälle nicht einhalten können. Schuld seien hauptsächlich andere Fachstellen in der Stadtverwaltung, wie beispielweise die Dienstabteilung Verkehr, der Bereich Architektur und Denkmalpflege im Amt für Städtebau oder die Fachstelle Baugesuche im Tiefbauamt. Die FDP hat im Gemeinderat bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass man nicht jedes Problem löst, indem man eine neue Fachstelle schafft. Ich möchte sehen, wie die Verwaltung reagieren würde, wenn die Einwohnerinnen und Einwohner einfach auch die Fristen überziehen würden; ob das akzeptiert und die Verwaltung die Mehrkosten übernehmen würde, wenn sich private Bauprojekte verzögern, weil die Baubewilligung nicht fristgerecht kommt. Ich bitte die zuständigen Stadtratsmitglieder der betroffenen drei Departemente, sich dieser Problematik anzunehmen.*

**Flurin Capaul (FDP):** *Ich habe ebenfalls einige kritische Anmerkungen zum Geschäftsbericht. Ich habe ihn detailliert gelesen und beim Bereich Informatik im Hochbaudepartement fiel mir eine Kennzahl besonders auf: Es habe in den letzten zwei Jahren 30 Prozent mehr Fachapplikationen gegeben. Nach dem Grund gefragt, lautet die Antwort, das sei wegen der Digitalisierung. Wer sich mit Unternehmensinformatik auseinandersetzt, weiss: Wenn ich heute Geld für eine neue Applikation oder einen neuen Service ausgabe, generiert dies Folgekosten über die gesamte Lebensdauer der Applikation. Je nach Studie befinden sich die Kosten etwa beim Dreifachen dessen, was man ursprünglich ausgegeben hat. Man kann davon ausgehen, dass man in diesem Fall die Kosten, die steigen, weil man investiert hat, gut im Griff hat. In den Details sieht man aber einige interessante Beispiele, so etwa ein SAP-Projekt, für das bisher rund eine Million Franken ausgegeben wurde. Auf unsere Nachfrage, welche Einsparungen und Verbesserungen durch die Investitionen ausgelöst wurden, lautete die Antwort, man könne näher am Standard entwickeln und bereits vorhandene Systemeinstellungen nutzen. Das würde den zukünftigen Betrieb signifikant erleichtern. Aus diesen Gründen geht man auch von realisierbaren Kosteneinsparungen nach der Umsetzung aus. Wenn man aber nachfragt, wie die Wirtschaftlichkeitsrechnung genau aussieht, heisst es, weil es sich um eine Ersatzbeschaffung handle, habe man auf den Prozess einer monetären Wirtschaftlichkeitsrechnung verzichtet. Weil man darauf verzichtet habe, könne man auch keinen exakten Break-Even-Punkt bestimmen. Im zweiten Beispiel geht es um den digitalen Beschaffungsprozess. Auch hier haben wir uns interessiert, welche Einsparungen und Verbesserungen ausgelöst wurden. Die Antwort lautete, dass die Beschaffung effizienter werde. Die eingesparten Kosten lassen sich aber auch hier nicht exakt beziffern. Es hiess, es gebe zahlreiche Formulare, die man heute manuell ausfülle und die in Zukunft teil- oder vollautomatisiert in der Software erstellt werden könnten. Entweder kann man die Anzahl Formulare nennen, einen «Business-Case» bauen und alles genau beziffern, oder man kann es nicht. Wir haben somit ein weiteres Beispiel, bei dem man von Einsparungen und Effizienz ausgeht, ohne dass genaue Bezifferungen folgen. Wenn man genau hinschaut, kann man sehen, dass den Beteiligten durchaus bewusst ist, dass mit einer zunehmenden Anzahl von Applikationen mit steigenden Kosten zu rechnen ist. Man befinde sich in einer Phase der Digitalisierung, in der man mit einem weiteren Anstieg dieser Kosten rechnen müsse. Wenn man sich dafür interessiert, was die Ursache*



6 / 6

*ist und warum man es nicht besser im Griff hat, findet man dazu Ausführungen in der Antwort auf die Frage, ob eine Unternehmensarchitektur existiert oder nicht. Die Antwort lautet: Nein. Warum ist das wichtig? Eine Unternehmensarchitektur nimmt einen ganzheitlichen Blick auf die Rolle der Informatik in der Organisation ein. Sie hilft, dass man die Ausrichtung der Unternehmensinformatik auf die Geschäftsziele sicherstellen kann. Nur so ist sichergestellt, dass man weiss, welche Projekte welchen Einfluss auf die Gesamtorganisation haben und wie sich die Kosten über längere Zeit entwickeln. Uns wäre wichtig, dass der Stadtrat ein strenges Kosten-Nutzen-Management in der Informatik sicherstellt, dass unter dem Deckmantel der Digitalisierung kein Wildwuchs herrscht, und dass bei den einzelnen Projekten die versprochenen Vorteile ausgewiesen und geliefert werden. Wir danken dem Stadtrat, dass er verstärkt ein Auge auf diesen Bereich wirft.*

#### Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsidentin Martina Zürcher (FDP), Referentin; Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Sanija Ameti (GLP), Monika Bättschmann (Grüne), Angelica Eichenberger (SP), Rahel Habegger (SP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)
Minderheit:	Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht für das Jahr 2021 (Beilage, Fassung vom März 2022) wird genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 6. Juli 2021 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat